

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Verlagspreis:** 10 Reichsmark monatlich einschließlich Postgebühren. Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhandlungen, Verleger und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — **Druck:** Schöler, Grottel und Betriebsleitung erlauben den Verlag von der Haftung für Verzögerung aus Entschuldigend.

Anzeigenpreis: Für die schlagzeilenmäßige Nummer 10 (Halbseitige) — Anzeigen im Restabdruck 1 Mark. — **Verlag:** Berlin des Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Schriftleitung:** Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, Grenzacher Nr. 1277.

Nummer 21

Halle (S.), 21. Mai 1926

2. Jahrgang

Irrungen und Wirrungen.

Der entlaubte Stamm — Wenn des Liedes Stimmen schweigen — Der einame Luther — Das Flaggendurcheinander — Der preußische Putz — zur Rechten und zur Linken — Das neue Mobilmachungs-Extra-Blatt der Hugenberg-Presse — Der Aufmarschplan zu Pfingsten — Seltsame Bundesgenossen — Die magna charta der inneren Politik — Die abgerüstete Abrüstung — Ideal und Leben — Bange Stunden in Genf — Herr Pilsudski — Das verspätete Frühlingserwachen.

„Hier keh' ich, ein entlaubter Stamm“ konnte Dr. Luther mit Albrecht von Wallenstein, Herzog von Friedland sagen. Auf weiter Flur war er tatsächlich allein. In der Stunde der Not bekannte sich niemand mehr zu ihm, und die das Militärwesen in seiner milden Form als Hilfsleistung ablehnten, waren auch nur mit halbem Herzen bei der Sache. Dieses Schicksal ist sicher nicht ganz unordentlich, denn politisches Fingerspiengergis ging dem ausgezeichneten Verwaltungsbekanntem ab. Aber Mittelwacht wendet sich ihm zu. Er war nicht der schlechteste Manager, der in der Weimarer Zeit die Geschäfte des Reiches zu meistern versuchte. Wenn des Liedes Stimmen schweigen von dem überwandenen Mann, müssen wir ihn für ihn zeugen. Sein Name bleibt mit dem Namenstag des und dem Locarno-Verträge verbunden, und das scheint schon ein Attribut zu sein, denn mit stolzer Würde kann er sich auch der Vater der Rentenart, der den Namen gegeben. Nicht der Gedante an sich stamme von ihm. Aber dieser Gedante war auch nicht das Wesentliche, sondern seine Durchführung und sie gelang ihm, weil er mit harter Hand und erbaumungslöse jene Maßnahmen durchführte, die den Haushaltsplan wieder in Ordnung brachten. Wenn er sich jetzt als Reichsamt in einer zweiten Heimat Eilen, die eigentliche ist Berlin, das er zu schnell behandelt hat, niederläßt, sollen ihn unsere besten Wünsche begleiten.

Ein Politiker war Luther nicht, und er hat den Versuch, als ob es sei, immer enttäuscht abgelehnt. Dieser Mangel befähigen wir ihm gern denn er ist die Ursache seines Sturzes geworden. Man kann nicht das höchste politische Amt führen, ohne politischen Instinkt zu haben. In unangenehmer Stunde hat er die Handelsflagge gehisst und uns in neue Hände verfrachtet. An das stillverrichtete er aber und selbst maßlos überachtet über das Echo, das sein unbefonnenes Vorgehen weckte. Nun ist der alte Streit zu neuem Leben erwacht. Nur Kurzzeitigkeit verleiht gewaltig die Augen und will nicht lassen, daß eine Lösung gefunden werden muß, nachdem öffentliche Meinung in stärkster Erregung verlegt worden ist. Beide Flaggen nebeneinander können nicht werden, davon haben wir uns in diesen lebhaften Jahren verzüglich genug überzeugt. Aber der Sieg der einen wie der anderen ist ausgeschlossen. So müssen die Gratzbitter Werk, um eine Vermittelung der vier Farben schwarz-weiß-gold in künstlicher Art zu erinnern. Die Flagge ein Symbol, und gerade ein Symbol hängt das Herz der Nation mehr, als ein selbstbewegendes Gefährte. Eilenburg-Flagge wird uns erst zur Nation machen lassen.

Es ist nun einmal eine bittere Wahrheit, daß wir eine Nation, sondern eine Anzahl feindselig gegeneinander waffener Heerhaufen sind. Auch unsere nationale Verbundenheit bedeutet noch keine Rettung. Ahnungslos die der Schweizer Dichter Conrad Ferdinand Meyer seinem schmüßigen Hutten dem stammerwärtigen tischen Volk in Stammbuch: Wenn andere altern, den wir ein Staat. Leider scheinen die anderen noch so alt genug zu sein, um die Voraussetzung dafür zu sein. Immer wieder schwärzen die Putzgerichte in deutschen Landen und töten den Bürger beim Bierergang am gemeinsamen Stammtisch oder auf Pfingstausflügen. Die preußische Regierung hat Material in die Presse gegeben. Sie verzichte uns ein offenes, ehrliches Wort, werden den perfiden Eindruck nicht überwinden, hier zu rasch vorgegangen worden ist. An der Tatsache selbst meinen wir kaum. Gabe es keine Karren, die den fündlichen Plänen nachgingen, wir würden uns nicht verteidigen. Aber das Beweismaterial ist nicht schlagend genug, und der Herr Untersuchungsrichter ist überzeugt sein, daß es gar keine andere Möglichkeit, als die Beschuldigten zu Anklagen zu machen. Die letzte Zeit ist in dieser Hinsicht von einer vorbildlich-triebenden Gemütsheiligkeit. Ihr Fingerspiengergis ist nicht aus, um Paragrafen als Lebensging zu finden.

Diese Enthüllungen haben sonderbare Folgen gezeigt. Die Betroffenen aufzusehen, und sich zur Wehr zu veranlassen, ist ihnen nicht. Erst kürzlich fürchten der inneren Lokalanzeiger, daß Organ des gerade in Sachsen genannten Geheimen Finanzrates Hugenberg: Die erlagten haben das Recht zum Lügen. Der ahnungslos Engel, denn von diesem Recht machte er in wenigen in ausgiebigen Gebrauch. Weiland Presse-Chef der

Rapp-Regierung Herr Hornisch, den damals ein Hohn-gelächter hinwegzieht, sogar aus Berlin heraus, hat diese Zeiten verbrochen und der Reich muß ihm gelassen, daß er ein Fachmann ist. Der Sieb ist immer die beste Abwehr, und so gehen die Hugenberg-Bücher zum Gegenangriff vor. Sie machten mit einem kommunistischen Aufbruch zu Pfingsten die Reichshauptstädter gruselig. Genau wurde die Stärke der beiden Parteien gegeneinander abgemessen, 80 000 Knallrote gegen 14 000 Sappo. Nur die Verlustlisten fehlten noch. Die Zimmertruppe ist im Prospektieren sehr stark. Sie brachte ja auch das Extra-Blatt über die deutsche Mobilmachung 1914 48 Stunden bevor sie beschloßen worden war. Hat sie wieder Recht und ist nur voreilig? Freuzen zum mittelbeig lächelnd die Wägen. Herr Severing fühlt sich stark genug, um die Puste zu verbürgen. Und unter Vertrauen steht ihm dabei zur Seite. Keillicher noch war, daß die Deutsche Volkspartei nicht nur im Landtag, wo ihr Recht zur Mißbilligung inmehrigen ausgesprochen ist, denn die beschuldigten Staatsregierungen gehören zu ihr, auch im Reichstage die Staatsregierung heftig befehete. Schließlich soll man auch auf Bundesgenossen etwas Rücksicht nehmen.

Demokraten und Zentrum, die verantwortlichen Mitglieder des preußischen Kabinetts, sind Bundesgenossen der Volkspartei im Reich, und wir freuen uns, daß diese Allianz nicht in die Brüche ging. Das Verdienst der Volkspartei dabei sei bereitwillig anerkannt. Ihr wurde es am schwersten, die Grundlage für das neue Kabinet Marx zu finden, denn in ihren Reihen befanden sich Männer, deren Überbergung zu den Defunktionalen sich unbedeutet. Trotzdem blieb die Partei nicht nur in dem Kabinet der Mitte, sondern unterstreich auch jene Abmachungen mit dem Zentrum, die man als magna charta der inneren deutschen Politik betrachten kann. Keine Partei ist regierungsfähig, die nicht die deutsche bisherige Außenpolitik bereitwillig anerkennt. Damit ist ein Graben nach rechts gezogen, über den die Defunktionalen hinüberzuwischen müssen, wenn sie je wieder auf Ministerbänken Platz nehmen wollen. Einzelnen von ihnen mag das sehr leicht fallen, aber die Fratation als geschlossenes Ganze würde bei diesem Hindernissen vermutlich in den Graben fallen.

Eine Grenze nach rechts, während nach links alles offen steht. Die Sozis brauchen nur einige innerpolitische Zugeständnisse zu machen, damit die Große Koalition aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht. Freilich die Hartnäckigkeit ist auf der einen Seite so groß, wie auf der anderen, und das freundliche Zureden des Herrn Dr. Scholz, den Volksstimmabgaben, fand bei den Genossen keine übermäßig lebenswichtige Aufnahme. Sie wollen den Kampf, ganz gleich, ob er zu Sieg oder Niederlage führt. Niemand kann heute mit Sicherheit voraussetzen, wohin sich die Schale sent. Volksstimmung ist zahlenmäßig unberechenbar. Ehe der Sommer beginnt, sehen wir klar. Aber im demokratischen Lager sollte man sich ruhig verhalten und nicht drängen. Es ist nicht unbedingt notwendig, daß man bei jedem Ereignis beteiligt scheint. In eine Niederlage uns zu verwickeln, kann doch nicht reizen, und für einen Erfolg den Ausschlag zu geben, ebenso wenig. Der Ausgang des Volksstimmabgaben muß von den defunktionalen Wählern abhängen. Wenn die Fürsten nicht bekommen, sollen sie das den Anhängern des Grafen Westarp verhandeln.

Immer neue Probleme steigen vor uns auf und trüben die Fernsicht. Dabei ist deutsche Außenpolitik ereignisreich genug, um die Spalten der Zeitungen zu füllen. In der Studienkommission des Reichsbundes hat sich die deutsche These durchgesetzt, so daß im Herbst unser Eintritt in die Fronte der Weltgemeinschaft gesichert scheint. Freilich ganz wird man ein Urbegehren nicht übergeben können. Man steht dem Genfer Kopf an, daß er mißliebig gefaltet worden ist. Man muß ihn vorsichtig behandeln, wenn nicht wieder Scherben vor uns liegen sollen. Doch schon dieses Ergebnis wirkt befriedend, und es ist immerhin etwas, daß Brasilien auch einige freundliche Worte für uns fand. Freier ist der Weg bei der Vorbereitung für die Abrüstung, dieses Ziel, das wie alle Ideale in der realen Welt der Tauschen ein wunderbarer Traum bleibt. Graf Bernstorff hatte es einfach genug, denn der Versailles Vertrag und die bei Locarno geschlossenen Verträge spielten ihm Trümpfe genug in die Hand. Schwarz auf weiß steht dort, daß nach Abrüstung

Deutschlands auch die anderen die Waffen niederlegen müßten. Alle Stimmen ihm begetzt zu. Der Reichstitel der deutschen Forderung ist unüberwindlich. Deshalb werden auch alle ihre Geneigtheit dazu auszusprechen und über in der Theorie haben wir zweifellos die stärkste Stellung. Sie ist nur durch Artilleriefeuer niederzuliegen. Der Völkerverbund taucht an dieser harten Puste, die ihm vermutlich noch einige Jahre wider wird. Er hat überhaupt Recht, denn diese Institution zur Erhaltung des Weltfriedens, diese Ohnmacht der verunreinigten Mächte, sieht Sorgenlos in den Probenenden Herentessel. Ein flüchtiges Wort befragt, daß der Andere immer noch größere Angst habe als man selbst. Von den Staaten des Völkerverbundes gilt das sicher. Sie haben vor dem Völkerverbund Angst, aber der Völkerverbund noch weit mehr vor ihnen. Nur keine inneren Kräfte. Jeder Völkerverbund würde ihn zu Entscheidungen zwingen, die doch nur eine Schiedung und keine Entscheidung wäre. So mißfallen ihm auch die Ergebnisse in Polen gründlich. Herr Pilsudski hat die Herrschaft an sich gerissen und scheint fest zu stehen, da er sich auf die Massen stützt. Eine Art Kapp-Putz mit unangelegten Vorgehen. Liniker haben bei ihren Staatsstreichen den Vorteil, daß sie von der Volksmeinung getragen werden. Nicht daß noch Keisse fügen die feste Häh. Eine innere Angelegenheit des uns so sympathischen Nachbarstaates, dessen Ergehen schon allein eine ständige Bedrohung bedeutet. Wie aber würde es, wenn die Planer die Gelegenheit nützen, um das ihnen gewaltig entziffene Wilna gewaltig wieder zurückzuführen? Der Gedanke allein könnte den Herren in Genf einige unruhige Stunden bereiten. Auch das freie Danzig würde durch eine solche Anfrage beim Völkerverbundsmittler peinlich auf die Nerven fallen. Es brauchte nur befehlen um Auskunft zu bitten, ob es von einer Putz-Regierung Befehle für seinen Hafen entgegennehmen darf, denn rechtsmäßig rät Herr Pilsudski, das liebliche Fest, löst sie mit seiner Winterkälte vergelten. Frühlingserwachen, wenn auch mit Vorbehalt. So ähnlich wie in der Politik.

R i c h a r d M a n .

Steuerminderungen für die kleinen Landwirte.

Von den angeführten Steuerminderungen für die kleinen Landwirte, für die sich im Reichstagsausfluß besonders die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion eingesetzt hatte, ist nunmehr eine Verfügung des Reichsfinanzministers über die Einkommensteuer-Verordnungen der bäuerlichen Betriebe am 15. Mai 1926 ergangen. Der Reichstag hatte damals beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Festsetzung von Durchschnittssätzen gemäß § 45 des Einkommensteuergesetzes hinsichtlich der in landwirtschaftlichen Betrieben mitarbeitenden Angehörigen eine entgegenkommende Behandlung eintreten zu lassen. Von Seiten der Reichsregierung war damals erklärt worden, daß die Einzelheiten nach mit den landwirtschaftlichen Spitzenverbänden besprochen werden müßten. Im Verfolg der von dem Vertreter der Reichsregierung gegebenen Zusage wird demnach die Besprechung über die künftige Gestaltung der Durchschnittssätze stattfinden und in diesem Rahmen insbesondere auch über die Frage, ob bei der Ermittlung des Durchschnittssatzes vom Ertrage eines nur mit eigenen oder eines nur mit fremden Kräften arbeitenden Betriebes ausgegangen werden soll. Die Ausregelung des Durchschnittssatzes soll erstmalig für die Veranlagung 1925-26 gelten.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag die Erklärung abgegeben, daß die entgegenkommende Behandlung der Landwirte auf Antrag schon bei den Vorauszahlungen am 15. Mai 1926 berücksichtigt werden würde. Eine genaue Berechnung der Steuerminderung ist bei den Vorauszahlungen am 15. Mai nicht möglich. In der jetzigen Verfügung des Reichsfinanzministers heißt es jedoch: „Um den in Frage kommenden Landwirten die vom Reichstag genehmigte Steuerminderung zugute kommen zu lassen, ersuche ich die Präsidenten der Landesfinanzämter Richtlinien aufzustellen, nach denen auf Antrag dem Steuerpflichtigen die Vorauszahlung vom 15. Mai für vorläufige, im Betrieb mitarbeitende Angehörige ermäßigt wird.“

1. Resolution:

„Der 6. Beamtentag der Deutschen Demokratischen Beamten 1925 in Dresden erklärte in feierlicher Form seine Treue zur Verfassung, zum republikanischen Staatsgedanken und zu den schwarz-rot-goldenen Reichsfarben. Er lehnte mit aller Entschiedenheit jedes Kompromiß in der Flaggenfrage ab.“

Die neueste Flaggenverordnung der Reichsregierung hat die demokratische Beamtenschaft aufs tiefste erregt. Deshalb fordert der 7. Beamtentag der D. D. K. erneut auf das Entschiedenste von der demokratischen Reichstagsfraktion auch weiterhin schroffe Ablehnung und Gehört, alle einzusetzen, um das ihr heilig gewordene Heiligste der deutschen Republik zum endgültigen Siege zu führen.“

2. Resolution:

„Die Einstellung der Reichsregierung zur Fürstenaufhebung und der Flaggenfrage haben neben vielen anderen undemokratischen Akten deutlich bewiesen, daß in der demokratischen Republik noch immer der Geist reaktionärer Beamter ausflugsfähig ist. Dieser Geist verbindet das Werden einer wirklichen Volksgemeinschaft, die das Vertrauen breiterer Volksschichten gegen die Regierung und den Parlamentarismus und bringt Demokratie und Republik in Gefahr.“

Die demokratische Beamtenschaft hat seit Jahren bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Beseitigung dieses bürokratisch-autokratischen Geistes durch eine energische Demokratisierung der Verwaltung gefordert. Nur sie kann die Gefahren abwenden, die der Republik und ihrer republikanisch-demokratischen Betätigung durch die eigene Verwaltung drohen.

Der demokratische Beamtentag, als höchstes Organ aller demokratischen Beamten, fordert erneut und mit aller Entschiedenheit, die von parlamentarischen und politischen Körperschaften mehrfach gegebenen Versprechungen nunmehr einzulösen.

Es geht um Republik und Demokratie. Der Beamtentag fordert von den Führern der Deutschen Demokratischen Partei endlich die Tat, die allein die Durchsetzung ihrer Ziele ermöglicht: eine energische, durchgreifende Demokratisierung und Republikanisierung der Verwaltung.“

3. Resolution:

„Die wirtschaftliche Lage der Länder wird täglich schmerzlicher; Verwaltungsreformen werden in vielen Ländern angefordert, andere suchen den Anstoß an Preußen. Die vorgesehene Reformen werden — wenn sie überhaupt durchgeführt werden können — auch nur wenig und vorübergehend helfen, wenn nicht bald zur Vereinfachung der Verwaltungen geschritten wird. Solange von 43 Ministerien und 18 Länderparlamenten Gesetze vorbereitet und erlassen werden, ist eine Umwandlung nicht zu erreichen, wird jede Verwaltungsreform scheitern müssen.“

Die deutschen demokratischen Beamten bekennen sich zum Gedanken des dezentralisierten Einheitsstaats. Sie wollen das einheitsliche Reich, dem sie dienen, das sie lieben, gleichwohl auch ihre engere Heimat ist. Diesen gesunden Unitarismus zu fördern, werden die demokratischen Beamten ihre besten Kräfte einsetzen und bitten der Parteivorstand und die Fraktionen, den Gedanken des Unitarismus mehr als bisher in den Vordergrund ihrer politischen Arbeit zu stellen.“

4. Resolution:

„Das Reichsparlamentarariat hat nach Beendigung des Personalabbaues, der u. E. auch ohne seine Tätigkeit hätte durchgeführt werden können, jede Bedeutung verloren, besonders auch infolge der materiellen und mehr noch tatsächlichen Abhängigkeit vom Reichsfinanzministerium. Im Hinblick auf das Gebot der Sparsamkeit ist nunmehr die Aufhebung des Reichsparlamentariats, das seine Fahrensberechtigung seit seinem Bestehen nicht nachzuweisen vermocht hat, eine fiskalische Notwendigkeit. Der Beamtentag der Deutschen Demokratischen Beamten bittet die Reichstagsfraktion, sich für die Forderung mit aller Energie einzusetzen.“

5. Resolution:

„Der 7. Beamtentag der Deutschen demokratischen Beamten hat sich mit der Junglehrennot beschäftigt. Er stellt fest, daß die bisherigen Maßnahmen zur Linderung der Berufsnot, zur Herabsetzung des sechsten Unteranges von fast 40 000 jungen Menschen, voll von Idealismus und Berufssehnsucht, bringend der Weiterentwicklung bedürfen.“

Auf die Lehrlingsjugend darf der Staat nicht verzichten, wenn ein neues Volksgeslecht in den neuen Volksstaat hineingebildet soll.

Das in der Ausbildung von über 40 000 Lehrern und Lehrherinnen investierte gewaltige kulturpolitische Kapital muß für die Schule erhalten bleiben.

Junglehrennot ist Schulnot; Schulnot ist Volksnot. Um der Schule und des Staates willen fordern wir eine Reichsjunglehrerbilfe durch ein Schulnotgesetz.“

6. Resolution:

Entscheidung zu brennenden Schulfragen. Vom Beamtenschafts-Versammlungs-Breslau.

„Der 7. Beamtentag der Deutschen Demokratischen Partei in Göttingen erwartet, daß sich die Fraktionen des Reichstages und der Länder dafür einsetzen, daß umgehend die unerträglich hohen Klassenfrequenzen der meisten Schulen auf ein Maß herabgesetzt werden, das den einfachsten Forderungen der Hygiene und Pädagogik entspricht und das die Herabsetzung entgegenstehenden Zahlen gelehrliger Bestimmungen (wie zum Beispiel des Preussischen Schulunterhaltungsgesetzes) entsprechend abändert werden. Er stellt diese Forderungen im Interesse

des Allgemeinwohl, da die Kinder aller Schichten unter den jetzigen Zuständen körperlichen und pädagogischen Schäden erliegen und so nicht fähig sein werden, tatkräftig am Wiederaufbau Deutschlands mitzuwirken, und im Interesse des Lehrernachwuchses, demgegenüber Staaten und Kommunen die moralische Verpflichtung haben, die Möglichkeit der besten Anstellung nicht weiter hinauszuschieben.“

Aus Parlamenten und Parteien Demokraten und Regierungsbildung.

Der „Demokratische Zeitungsdienst“ schreibt: In einigen Zeitungen ist behauptet worden, daß die Demokratische Reichstagsfraktion die Forderungen der Deutschen Volkspartei und im besonderen des Herrn Scholz angenommen hätte, wonach die Flaggenverordnung als gültig anerkannt werden müsse. Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Da an die demokratische Fraktion keine Forderungen gestellt worden sind, so konnte die Fraktion auch nicht in die Lage kommen, Forderungen anzunehmen oder abzulehnen. Die Demokraten haben ihre Stellungnahme in der Flaggenfrage deutlich genug zu erkennen gegeben, wenn sie es jetzt ablehnen sollten, von sich aus die ganze Frage neu aufzurollen, so geschieht das deshalb, weil sie ja der Initiative des Reichspräsidenten zur Schaffung einer Einheitsflagge zugestimmt und nach dieser Richtung dem Reichstag sogar einen eigenen Antrag vorgelegt haben.

Um das Gemeindebestimmungsrecht.

Die Stellungnahme der Demokraten.

In der Montagssitzung des Reichstages gab der demokratische Reichstagsabgeordnete Dietrich-Baden folgende Erklärung zum Gemeindebestimmungsrecht ab:

Meine Fraktion ist in derselben Lage wie die Deutschen und wie das Zentrum. Die Meinungen sind geteilt, daß ist die weit überwiegende Mehrheit der Fraktion entschlossen, gegen das Gemeindebestimmungsrecht zu stimmen. Der Größe und der Bedeutung des Problems, das ein wirtschaftlich — der Wert des verbrauchten Alkohols beträgt nämlich drei Milliarden Mark — und soziales zugleich ist, sind wir uns voll bewußt und haben daher die Frage mit größtem Ernst und sachlich erörtert. Für die ablehnende Mehrheit war vor allem die Befürchtung maßgebend, daß durch das Gemeindebestimmungsrecht der Kampf um die Alkoholverkauf in die Gemeindeverwaltungen hineingetragen wird, daß jede Gemeinde, die von dem Reiche Gebrauch macht, ein Sondergesetz schafft und daß sie im Gegensatz zu der sonst in Deutschland herrschenden Einheit der Gewerbebesteuerung auf diesen schmerzlichen Gebieten in den einzelnen Gemeinden ein gewerblisches Sonderrecht geschaffen wird, das auf der einen Seite zu außerordentlichen Schwierigkeiten Veranlassung geben wird, auf der anderen Seite kaum praktisch durchführbar sein wird. Die Mehrheit wird daher das Gemeindebestimmungsrecht ablehnen.

Einig war sich die Fraktion darin, daß der Alkoholverbrauch gründlich zu bekämpfen und zu diesem Zweck das Konzeptionswesen, nicht zumindestens auch im Interesse des sozialen und bodenständigen Hotel- und Gastwirts gewerbes, zu verschärfen ist; jedoch darin, daß die Fraktion keine Aktion mitmachen wird, die auf eine Trockenlegung hinausläuft, weil sie davon untragbare wirtschaftliche und moralische Schäden befürchtet.

Rechtsprescriptionslinien. Der Preussische Landtag nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei die nachstehenden demokratischen Anträge an:

1. Das Staatsministerium wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß die Landwirtschafskammern, die in der Preussischen und Reichsprescriptionsverordnung vorgesehenen Rechtsprescriptionslinien aufstellen;

2. Die Landwirtschafskammern anzuweisen, für das Verfahren vor den Wahlprüfungsausschüssen gemäß § 2 der preussischen Wahlgesetzordnung Rechtsprescriptionslinien aufzustellen, die die verschiedenartigen Vorbedingungen für die landwirtschaftliche Erzeugung in den einzelnen Gebieten berücksichtigen.

Zur Beachtung von Zweifeln sei darauf hingewiesen, daß solche Richtlinien selbstverständlich für die Wahlprüfungsausschüsse nicht verbindlich sind.

Wendungen bei den Landwirtschaftskammerwahlen. Der Preussische Landtag hat einen Antrag der Demokratischen Landtagsfraktion angenommen, der bei den Landwirtschaftskammerwahlen zur Förderung der Wahlteilnahme und zur Erleichterung der Wahlhandlung die Verwendung des Einheitsstimmzettels verlangt und zwar schon für die nächste Wahl. Bei der Durchführung dieses Antrages wird auch der kleinräumlichen Organisationsform die Beteiligung an den Landwirtschaftskammerwahlen wesentlich erleichtert.

Unsere Postbezieher,

Die bisher unsere Wochenchrift direkt beim zuständigen Postamt bestellt haben, bitten wir, das Abonnement für den Monat Juni rechtzeitig zu erneuern, damit in der regelmäßigen Zustellung keine Unterbrechung eintritt. Jede Postanfall und jeder Briefträger nimmt für den Monat Juni Bestellungen auf den Bezug bis 24. Mai entgegen.

leitet. Gegen diesen Antrag stimmten daher auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei.

Berufung Schüding nach Kiel. Professor Schüding wird zum 1. Oktober d. J. die Leitung des von Geheimrat Niemeier gegründeten Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel übernehmen.

Der Ausschuß zur Schaffung der Einheitsflagge. Wie verlautet, beabsichtigt die Reichsregierung, nach Pfingsten dem Reichstag einen besonderen Antrag auf Bildung eines Ausschusses zur Schaffung einer Einheitsflagge vorzulegen. Es ist beabsichtigt, daß an diesem Ausschuß nicht nur Parlamentarier, sondern auch Historiker und Heraldiker teilnehmen.

Soziales

Delegiertentag der Metallarbeiter S. D.

Der Gewerbetreibende Deutscher Metallarbeiter S. D. hält Pfingsten seinen 20. Delegiertentag in Hagen in Westf. in der Stadthalle ab. Diese Tagung dürfte sehr hart bestritten werden, da folgende wichtige Vorträge zur Tagesordnung stehen:

- 1. Produktionsbeschränkung durch Fliesarbeit und ihre volkswirtschaftliche Bedeutung (verbunden mit filmatographischen Vorführungen). Referent Dipl.-Ingenieur Frank Wäbisch-Berlin.
2. a) Rationalisierte Wirtschaft.
b) Tarifbedingungen und ihre volkswirtschaftliche und soziale Bedeutung. Referent Anton Erzelens, M. d. R.

Außer den Geschäfts- und Kassenberichten der Hauptleitung werden sich noch Beratungen über den inneren Ausbau des Gewerbetreibenden Ausschusses. Am 2. Pfingstfeierabend findet ein großer Festzug in Hagen statt. Vom Ortsverein Magdeburg werden drei Kollegen an dieser Tagung teilnehmen.

Deutscher Bankbeamten-Verein E. R.

Die Organisation der kaufmännischen Bankangestellten, der Deutsche Bankbeamten-Verein E. R., hatte die Vertreter der im Gau Mitteldeutschland zusammengeschlossenen örtlichen Gliederungen am 16. Mai 1925 nach Braunschweig zum Jahreskongress. Vertreten waren durch 54 Delegierte alle großen und auch eine Anzahl mittlerer Bankfiliale. In der vom Gauvorsitzender Richter-Magdeburg geleiteten Tagung nahm auch der geschäftsführende Vorsitzende des Gesamtvereins, Frickberg-Berlin, teil. Aus dem Jahresbericht des Geschäftsführers war zu entnehmen, daß der im Bankgewerbe vorgenommene Personalabbau eine außerordentlich umfangreiche, fast durchweg von Erfolg gekrönte Reduzierungstätigkeit notwendig machte. Wenn auch durch den Abbau eine räumliche Mitgliebertbewegung bedingt wurde, so war es doch möglich, dieselbe zu einem wesentlichen Teil durch Aufnahme neuer Mitglieder auszugleichen. Obwohl eine am Vorabend stattgefundene Sitzung des Gauvorstandes die Tagung gut vorbereitet hatte, dauerten die Verhandlungen bis weit in den Nachmittag hinein. Sie zeigten ein Bild stark pulsierenden Vereinslebens im ganzen Bezirk und erbrachten eine völlige Uebereinstimmung aller Vertreter über die in der Zukunft in der gemeinschaftlichen und Organisationsfähigkeit einzuhaltenden Richtlinien. Die außerordentlich eindrucksvoll verlaufene Tagung endete mit einem starken durch minutenlangen Beifall bekräftigten Beschlusses zum Volk und Vaterland. Der Leitung des Deutschen Bankbeamten-Vereins wurde in einer einstimmig angenommenen Entschlieung Dank und Anerkennung gezollt und weitere treue Gefolgschaft gelobt.

Dieser Tagung der Angestellten! Wie wir erfahren, haben Ausschussrat und Bundesvorstand des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in ihrer letzten gemeinsamen Sitzung in Leipzig einmütig beschlossen, während der Dauer der großen Stellenlosigkeit ihrer Ständesangehörigen von allen im Verdienst stehenden Bundesmitgliedern einen monatlichen Opferbeitrag von 50 % zu erheben. Die auf diese Weise gewonnene Sondereinnahme kommt reiflos den erwerbslosen Mitgliedern zugute. Dieser Beschluß verdient die höchste Anerkennung und wird rund 25 000 hellenlosen Bundesmitgliedern zur Linderung ihrer Notlage dienen. Außer der Unterstützung der aus diesem Notlage stehenden Mittel werden den hellenlosen Ständesangehörigen selbstverständlich die lebensgemäßen verhältnismäßig hohen Unterhaltungsgehälter gewährt. Diese lebensgemäßen Unterhaltungsgehälter belaufen sich allein im Monat März 1925 auf 161 000 RM. 1924-25 wurden für den gleichen Zweck rund 2 Goldmillionen aufgebracht. Die durch die Not bedingte neue Maßnahme wird in den Reihen der hellenlosen Angestellten große Freude auslösen. Alle in Stellung befindlichen Mitglieder geben damit ein gutes Beispiel von wahrhafter Kollegialität.

Niedererschlagung von Beschaffungsdarlehen. Abg. Schuditz-Steglich (Dem.) hat sich wiederholt bemüht, die Niedererschlagung der Darlehen, welche den während des Ruhrkampfes ausgewiesenen Beamten gewährt worden sind, auch für die Reichsbahnbeamten bei der Reichsbahn-Gesellschaft zu erreichen. Bisher hat sich aber die Reichsbahn-Gesellschaft zur völligen Niedererschlagung nicht entschließen können. Nachdem die Reichspost jetzt die Umweisung gegeben hat, daß die Beschaffungsdarlehen an Postbeamten niederzuschlagen sind, hat sich der Abg. Schuditz-Steglich erneut an die Reichsbahn-Gesellschaft gewandt mit der Bitte, die Beschaffungsdarlehen an Reichsbahnbeamten ebenfalls niederzuschlagen.

Staatspräsident a. D. Dr. Hummel spricht am Sonntag, den 6. Juni vormittags 11 Uhr in Magdeburg in der Freundschaft.

◆◆ Anzeigen aus dem Bezirk Magdeburg ◆◆

Mitteldeutsche Ausstellungsgesellschaft m. b. H. Magdeburg

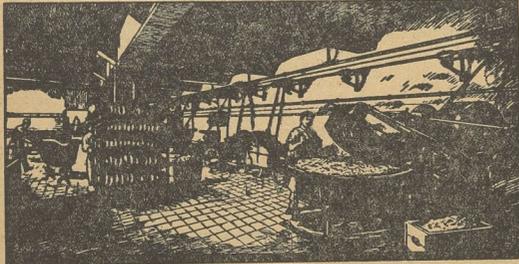
Freilicht-Theater

Fort 12 Rotes Horn,
am Ende des Heinrich-Heine-Weges

„Der Kermärker und die Picarde“
Genrebild mit Gesang in einem Aufzuge von Louis Schröder. Musik von Hermann Schmidt.
Preis der Plätze: 1. Platz (numeriert) Mk. 2.—, 2. Platz Mk. 1.50
Klein Vorkauf. Die Karten zu den Vorstellungen sind nur an den Kassen des Freilicht-Theaters zu haben. — Bei ungünstiger Witterung keine Vorstellung. Das Stattfinden der Ausführung wird durch den Anhang eines Wimpels im Verkehrsverein, Breiter Weg 166, bekanntgemacht.
„Das Fest der Handwerker“
Komisches Gemälde aus dem Volksleben in 1 Akt von Louis Angely. Siebtplatz Mk. 0.50
Unnummerierter Sitzplatz Mk. 1.—
Eröffnung: Montag, den 24. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr (2. Pfingstfeiertag).
Dienstag, den 25. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr (3. Pfingstfeiertag) Wiederholung:
Der Kermärker und die Picarde. Hierzu: Das Fest der Handwerker.

Konjum

-Verein für
Magdeburg
u. Umg. E. G. m.
b. H.



Wir empfehlen unsern Mitgliedern

Frisches Rindfleisch
äußerst preiswert.

Frisches Schweinefleisch
in sämtlichen Lagern.

Ia. Rinder- Gefrierfleisch

Kochfleisch :-: Kamm

Fleisch- und Wurstwaren
zu den billigsten Tagespreisen.

Hotel u. Restaurant
„Weißer Bär“

Bes. Ad. Kühnagel.

Meyer Michaelis
Gr. Marktstr. 16 — Fernspr. 1424
Günstigste Bezugsquelle
für Sohle, Oberleder u. sämtliche
Schuhmacher-Verbrauchsartikel

Kennen Sie schon
den **Garanti-Strumpf**
Allein-
verkauf
für
Magdeburg
Mah-Jong
Noch heute sollten Sie einen
Probekauf machen. Paar 300
BARASCH.

Kaufe
im
Konjum-Verein!

Denken Sie daran
Ihre
Familien-Anzeigen
auch in unserer Zeitschrift aufzugeben.

Damen u. Kinder- Konfektion



Unerschöpfliche
Auswahl
Unvergleichlich
vorteilhafte
Preise
Julius Wertheimer
Spezialhaus ersten Ranges
Magdeburg Breiteweg 115/77

Hugo Paulsen, Magdeburg
Photograph Alte Ulrichstr. 18

Industrie-, Portrait-Aufnahmen,
Vergrößerungen, Malereien
Telephon 4652 — Gegründet 1903

schnell | Paßbilder | billig

J. BORMANN
Große Mühlstraße 2
Koffer : Reisetaschen : Damen-Handtaschen : Befuchts-
taschen : Altkennappen : Rucksäcke : Sportartikel
sowie andere Geschenkartikel.

Geschäfts-Übernahme.

Den verehrten Gästen, Freunden und Bekannten zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich das altsbekannte
Gast- und Logierhaus, Rotekrebsstraße 10,
sämtlich übernommen habe und unter dem Namen „Schultheis-
Patenhofer Bierquelle“ betriebsfähig. Es soll mein Bestreben
sein, als langjährig praktisch Angestellter in der Schultheis-
Patenhofer Brauerei, allen meinen werthen Gästen mit einem ge-
pflegtesten Glas Bier, sowie preiswerthen diversen Speisen etc.
aufzuwarten.
Um gütige Unterstützung meines neuen Wirkens bitte
Albert Köppe und Frau.
NB. Saubere Betten von 1.50 Mk. an.
Vereinzelzimmer für 60-70 Personen noch einige Tage frei.

Inferieren bringt Gewinn!

Hohenzollern-Park.

Jeden Dienstag, Mittwoch,
Donnerstag von 4 Uhr ab

Kaffee-Konzert

mit
Kleinkunst-Bühne.
Eintritt frei. Eintritt frei.

Park-Restaurant Herrenkrug

Jeden Mittwoch und Sonntag
Große Konzerte

Briefmarkensammler!
Eine Sammlung übersee 5000 Mark
Katalogwert ist sehr preiswert abzu-
geben. Auskunft durch die Exp. d. Bl.

Franz Pützkuhl

Empfehle:
Hüte, Mützen, Schirme, Wäsche-
Krawatten, Etuis, Handschuhe,
Spitzenstrümpfe.
**Magdeburg - N.,
Lübecker Straße 120.**

D. D. B.
Fernsprecher
3095

Wir fertigen
**Druck-
sachen**
für jeden Bedarf
schnellstens an
**Allgemeine Zeitung
Delitzsch.
Fernruf 466.**



Werbt
neue
Abonnenten!



Salzquelle
Jeden Sonntag:
Konzert
Anschließend
Tanzkränzchen.

Parkrestaurant Vogelgesang
berühmt durch seinen uralten Baum-
bestand und durch seine wundervollen
Auffen- und Schilfen-Sitzlagen, die be-
deutendsten der Provinz.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag
ab 4 Uhr:
Kaffee-Konzert.

Deutsche Einheit

Herausgegeben von Reichsminister v. D. Graf Bernstorff
M. d. R. und Senator a. D. Dr. Stubmann.
Verlags-Verlag G. m. b. H., Hamburg 11.
Bezugspreis: Vierteljährlich 4 RM.

Windjacken - Brecheschonen
Arbeiterbekleidung
sehr billig nur in
PRESSLERS TEXTILHALLE
Buttergasse 8.

Musiktrupp zu haben und dieser sollte zu den Windjaken, die er aus dem Stahlhelm mitbrachte, auch gleiche Hosen haben. Ein großer Geban! Von dritter Seite wurde Geld gesammelt. Es sollte mit der Abrechnung nicht gestimmt haben. Jertum. Man hatte dem Musiktrupp auf einer Reise „selbstgefertigten Cognac“ spendiert, um, wie das „Tagblatt“ sagt, Begeisterung und Patriotismus groß zu machen. Andere „Baterländische Verbände“ rüden ab. Der Jungdo meint, daß es bei ihm nicht nur Gebrauch sei „Hurra zu schreien und in den Knien zu sitzen“. Nettes Bild! Man muß sich schließlich am besten kennen. — Anführer gegen den Gauerbandsvorsitzenden des Stahlhelms war diesmal ein anderer, der sich gleichfalls vom Stahlhelm entfernt hat. Der Kläger wollte nicht „der größte Lump von Halberstadt“ sein, was wir ihm nicht verdenken können. Aber weshalb teilten sich beide in die Kosten, wenn Kläger ein gutes Gewissen hatte? Es muß doch auf beiden Seiten etwas laut sein. Ehrenerklärungen, die man sich schließlich gibt, haben da wenig Bedeutung. Wie gefallen Herrn Schöler seine Forderungen? Nicht wahr, sie werden den Laden jäh schmücken und Schwung in die Kolonne bringen. Heil! — Lieb Vaterland kannst ruhig sein —

Bezirk Halle. Harmlosigkeiten?

Nach dem kläglichen Scheitern des Kapp- und Hillerputschs hat man sich in der Deffentlichkeit anscheinend daran gewöhnt, Rechtspuffigkeiten nicht mehr ernst zu nehmen. Diese Auffassung mochte bisher in gewisser Hinsicht berechtigt sein, aber nach dem, was die Entfaltungen über Vorbereitungen rechtsradikaler Verbände neuerdings zutage gefördert haben, liegen die Dinge doch wesentlich anders. Man sieht zunächst, daß die Catilinarischen Exzessen, die mit dem Gesicht unseres Vaterlands immer noch ihr irrisoles Spiel treiben, unter Anlehnung an gewisse ausländische Diktatorformen von dem Wege einer ausgebildeten legalen Umwälzung ganz abgelenkt und dafür zur Ausführung des bürgerlichen Terrors übergegangen sind. Der Putschplan, der von der Polizei veröffentlicht wird, läßt daran keinen Zweifel, denn sein wesentlicher Inhalt lautet: Alle Gewalt geht auf einen Reichsverweser (Diktator) über, Parlamente, politische Parteien, gewerkschaftliche Vereine und Bersammlungsfreie werden aufgehoben; der finanzielle Bedarf der Diktatur wird durch Umlagen und Requisitionen gedeckt; wer durch Wort oder Tat den geringsten Widerstand leistet, wird mit dem Tode bestraft. Diese Diktatur soll nicht ein Provisorium, sondern endgültige Regierung sein. Außerdem aber haben die politischen Entfaltungen auch darüber völlige Klarheit gebracht, woher die ungeheuren Geldmittel fließen, die für derartige Putschpläne notwendig erforderlich sind. Kreise, die der deutschen Schermerbeuterie angehören, sind aufs schwerste kompromittiert. Jedes Wort von Behörden und von der Deffentlichkeit nicht mehr leicht genommen werden, verdient vielmehr ernste Beachtung.

Zwischen spielen die kompromittierten Personen das alte Spiel. Niemand will etwas wissen, trotzdem aus Briefen des bekannten Justizrats Claas an den früheren Monarchen und dessen zweite Frau, sowie an den Libeker Bürgermeister R u m a n n offensichtlich hervorgeht, wie weit die Dinge schon gediehen waren. Jetzt will man wieder genau so ahnungslos gewesen sein, wie Lubendorf, als er früh morgens 6 Uhr die Rappellen „zufällig“ am Brandenburger Tor traf. Auch die „Baterländischen Verbände“ melden sich in der „Halsischen Zeitung“ und lassen durch ihren Führer von der Holz erklären, daß kein ernst zu nehmender Mann unter ihnen einen unaufrichtbaren Putsch plane und daß alle Vorbereitungen nur den Zweck hätten, Deutschland vor einer bolschewistischen Revolution zu bewahren. Das letzte ist — diese Erfahrung konnte man besonders in Halle machen — seit längerer Zeit das Ausgangspunkt der R e t r a d i t a l i s m u s . Am lieblich wartet man vor dem Rechtsradikalismus. Dabei hofft man aber mit zunehmender Eile auf irgend eine politische Dummheit von dieser Seite, um sich dann, zunächst mit einem Schein des Rechtes, zum Erben und Herrscher der Situation zu machen.

Jetzt ist unter diesen Umständen nicht nahe, einen Zusammenhang zwischen solchen Rechtspuffigkeiten und der durch die Flaggenerordnung heraufbeschworenen Regierungskrise zu suchen? Die Krise wurde damit beendet, daß der Reichskanzler Luther sich „für der eigentlich Hauptschuldige“ formal genommen, ja! Er hat den Erlaß verantwortlich gezeichnet und diese Leistung auch dem Reichspräsidenten vorher empfohlen. Trotzdem aber würde man ihn zu Unrecht belasten, wollte man ihm bei dem Flaggenerlaß insofern die bona fides abspüren, daß er den Sturm der Entfaltung, den sie heraufbeschworen und heraufbeschworen mußte, auch nur zu einem kleinen Teil v o r a u s g e s e h e n habe. Die Presse der gesamten Völkern hat ihn hieron freigesprochen. Aber gerade diese seine Ungeandtheit mit den politischen Inkompetenzen haben gewisse im Verborgenen arbeitende Kräfte benutzt, um ihren irrisolen Absichten Gelegenheit zur Reise zu geben. Diese Kräfte haben den Entwürfen aus dem Wohl vor auszugehen. Diese Kräfte wußten, daß Reichstag und Volkswille sich das gleichmäßig mischende Verhalten des Reichspräsidenten nicht gefallen lassen konnten. Sie rechneten sehr wohl mit dem Empfinden der republikanisch gesonnenen Massen, daß die Verordnung neben dem widersinnigen Dualismus im Auslande und in den Hofkreisen eigentlich die ständig wachsende Bedeutung der verfassungsmäßigen Reichsorgane im Innere zu heben und herabmindern sollte. Dazu paßte ihnen die schon gesprochene und Aufmerksamkeitsbegehren an sich schon gespannte politische Lage ausgezeichnet. Sie rechneten auch ferner sehr wohl damit, daß Reichspräsident und Kabinett, durch

ihre Unterzeichnung gebunden, nicht zurück konnten, und hofften, daß auf diese Weise nicht nur das Kabinett, sondern auch der Reichspräsident in die Krise hineingezogen würde. Dann war in dem allgemeinen Durcheinander der Weg für sie frei.

Führung und Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei haben diesen Plan durchkreuzt. Bei allem Festhalten an der gegen die Flaggenerordnung sofort einge-nommenen ablehnenden Haltung, in der sie übrigens durch Entschlüsse aus dem ganzen Reich bekräftigt wurden, haben sie dieser Ablehnung gegenüber dem Reichspräsidenten dadurch die Spitze abgebrochen, daß sie ihrem Vorkühlsungsentwurf gegen den Reichspräsidenten an-geregten späteren Einigung vorgezogen ließen. Dadurch wurde den unerantwortlichen Akteuren für den vorliegenden Fall das Gesicht verbor-

Dr. Luther.



„Ich höre immer: Kabinett Luther ohne Luther! Ja, was bleibt denn da übrig?“

ben. Der Reichspräsident wurde in die von ihnen herbeigeführte Krise nicht hineingezogen. Wie stark deshalb die Entfaltung der betreffenden Hintermänner ist, sieht man aus dem Verhalten der Reichspräsidenten. Sie, die vor Lösung der Krise förmlich den Atem anhielt, die für den als Sündenbock ausersehenen Kanzler seinen Finger rührte, die die deutschnationalen Fraktion darin bekräftigte, bei den gegen den Kanzler gerichteten Mißtrauensvoten mit gegen den Fuß zu stehen, finden, nachdem das Gesicht anders als man erwartet ausgesfallen ist, Worte höchster Entfaltung gegen die Demokraten. In ihr legen auch die bloßgestellten Reichspräsidenten ihre Reinigungseruche nieder, und sie begleitet diese Versuche natürlich mit Versicherungen über die Harmlosigkeit der Putschpläne und ihrer Veranlasser. Auch die parteipolitisch farbige Presse, in Halle beispielsweise die „Halsischen Nachrichten“, wollen diese Vorgänge als ziemlich harmlos angehen lassen. Man mache leichers der betreffenden Behörden vielwulstiges Geräusch und überdreibe die Beobachtungen. Auch dieser Auffassung und dieser Bemerkungen überlegen sich auch die Bürgermeister ihrer freien Stadt mit einem aus-macht Unruhstifter, wie der Justizrat Claas es ist, Briefe tauscht und sich in diesem Schriftwechsel wortreich „für den äußersten Fall, wenn sich gewisse Dinge jetzt zuspitzen, wie es doch den Anschein hat“, zur Verfügung stellt. Wenn man das noch als harmlos hinstellen will, dann soll man sich lieber die Schlafmüge ganz über die Ohren ziehen und auch die Gememorde, die Waffenlager der rechtsradikalen Verbände, die ständigen Verläufe zur Verdrängung der Reichsorgane und zur gesellschaftlichen Umwälzung republikanisch gesinnter Volksgenossen als Kundgebungen harmloser Gemüter bezeichnen. Dann soll man sich aber auch nicht darüber wundern, wenn solche „Harmlosigkeiten“ dem jaher kämpfenden Vaterlande wiederum viel Blut und eventuelle die letzte K r a f t k o s t e n blüben n. Es handelt sich heute nicht mehr um die Staatsform allein, der Kampf geht vielmehr um die Lebensfähigkeit und Bewahrung des ganzen Volkes und seiner gesamten Wirtschaft. Und anstatt solche Mißlichkeiten von Leuten, die sich nicht umtellen wollen oder können, die Leuten, die den Sinn der Zeit noch nicht begreifen, systematisch für ihre Umsturzpläne drillen, als Harmlosigkeiten hinzustellen, soll man Behörden und verantwortliche Instanzen zu m e r g e l i c h t e n Z u g r e i f e n a u f f o r d e r n. Gerade die Rechtsradikalen vermissen angeblich am Parlamentarismus doch immer Aktivität. Sie müßten diese Aktivität jetzt in vollster Schwere fühlen. Denn die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes will auch vor solchen „Harmlosigkeiten“ endlich Ruhe haben.

In einem von der Berliner Hauptleitung an die Wahlkreisgeschäftstellen gerichteten Rundschreiben, welches jedoch kurz vor Schluß des redaktionellen Teils eintrifft, werden die in obstehenden Zeilen vertretenen Ansichten als durchaus zurecht hingestellt. Eine besondere Hervorhebung findet dabei die Tatsache, daß durch die ziel-sichere Führung und Haltung der demokratischen Reichstagsfraktion die drohende Gefahr einer Staatskrise vermieden wurde. In dem Schreiben werden weiterhin die Botschaften gegeben, daß der erste den Parteiführern vorgelagerte Wortlaut des Schreibens des Reichspräsidenten zur Flaggenerordnung bedeutend entgegenkommender und den verfassungsmäßigen Reichsorganen gerecht werdend erlaubt habe, daß also auch hier nachträglich abzuführende Korrekturen hineingebracht wurden. Die am Schluß des Schreibens der Hauptleitung dann betonte Feststellung, daß

die Deutsche Demokratische Partei aus der nicht leichten Situation mit einem erhablichen Gewinn an Freiheit herorgeht, kann im Verhältnis auch für unsere Organisation Halle-Vorbereitungen in Anspruch genommen werden. Zuschriften und Aufzeichnungen, die an die Parteigeschäftsstelle geschickt wurden, erklären die Berechtigung dieser Auffassung.

Deutsch-DEMOKRATISCHER FRANGENGRUPPE, Halle a. S. Unsere nächste Zusammenkunft findet am Donnerstag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Rest. „St. Nicolaus“ statt. Tagesordnung: „Politische Aussprache“. Unsere Mitglieder sind hiermit herzlich eingeladen. Gäste willkommen.

Jungdemokraten Halle a. S. Unsere Verammlung vom 12. Mai war mit Rücksicht auf den Himmelsschickstag verhältnismäßig gut besucht. Herr Studentent H a b e sprach über — „Die jungen Freiheitskämpfer“ (Schiller — Büchner — Tolstoj). Der Vortragende beleuchtete zunächst Schillers Wirken von einer Seite, die wohl als in Ansehung viel Neues bot. In jenseitigen Ausführungen schloß er das Leben und Treiben an den Büchnersagen zu Schillers Zeiten. Man lernte Schillers große Werte von einer anderen Seite kennen — wie viel lebendiger und verständnisvoller als in den „Literaturstunden“, reaktionärer Schulen! Karl Moor — eine Spartakisten-tragödie! Er nimmt den Reigen, was sie zuviel haben und gibt es reiflos den Armen, während seine Gefährten — und das ist das Tragische — die eigene Jagd befriedigen. Das republikanische Trauerspiel „Fiesco“ bringt den heutigen Republikanern gewisse Enttäufung, das Fiesco ein Diktator (Mussolini) ist. Schillers reißende Dichtung „Don Carlos“ gibt die Parallelen zur Aera Wilhelm II. — Büchner er, 1813 als Arztsohn geboren und schon mit 23 Jahren gestorben, hinterließ einige kurze dramatische Werke, darunter „Dantons Tod“, das er in 5 Tagen geschrieben hat. Ferner das Proletariat „Morje“, Friede den Hütten — Krieg den Vätern, das war Büchners Motto! — Der Kaufmannsohn T o l l e r , tapferster Kriegsfreiwilliger in der oberster Front, wird durch den Krieg verwundet. Sein Wert „Wandlung“ sagt: „Aber zu den Menschen geht, muß erst in sich den Menschen finden.“ Wir finden bei Tolstoj Büchners Gedanken, nur mehr vertieft. Masse Mensch ist das Drama der Revolution. Tolsters politische Tätigkeit während der Münchener Wäterregierung, der er ungewollt angehört, und seine Gefährnisse bringen seinen Wunsch, auszugleichen und zu mildern, ins Wanken. Hintemann und Maßfahnenstürmer sind deshalb sehr pessimistisch. — Aus den Versen dieser drei Dichter leuchtet der Glaube an den Menschen, so wie wir an ein neues Menschentum, an Liebe und Bruderliebe glauben. Den Weg hierzu finden wir in der freien Republik, deren Symbol die von uns geliebten schwarz-rot-goldenen Farben sind. Starker Beifall dankt Herrn Studentent H a b e , der unter allgemeiner Zustimmung gebeten wurde, uns bald wieder einen solchen erhebenden Abend zu bereiten. Inzwischen war die Werbung von der Annahme des demokratischen Wahlprüfungsentwurfes gegen Luther eingegangen, was die Verammlung befreit aufnahm. Der Vorsitzende Klemm sprach zum Schluß dem kläglichen Parteienstand den Dank der Jungdemokraten für die ernsthafte Haltung im Fragestreich aus und betonte, daß wir nicht nur den Reichsorganen lassen und als Einheitsliste steht und immer nur Schwarz-rot-gold anzusehen werden. In dieser Frage ist für uns ein Kompromiß ausgeschlossen! — Der Verlauf der Jungdemokratenversammlungen ist geistig und politisch so erfrischend, daß es die Parteimitglieder als Ehrenpflicht ansehen müßten, uns ihre erwünschten Tüfner und Söhne noch viel mehr zuzuführen, als dies jetzt schon der Fall ist.

Briefkasten

Brandenburg, A. S. Leider überholt.

Mehrere Artikel und Besichte müßten aus redaktionellen Gründen zurückgestellt werden.

Neue Bücher

Wichtigste Wissenschaft und wertvolles Volk. Wichtige Beiträge, auf Veranlassung der Volksgemeinschaft der Deutschen Arbeiter, auf der Generalversammlung vom 25. bis 31. Oktober 1925 gehalten von den Professoren Dr. Alfshof-Freiburg, Dr. Bier-Berlin, Dr. Fischer-Berlin, Dr. v. Kroll-Heidelberg, Dr. Fr. v. Müller-München, Dr. Müller-Berlin, Dr. Schneider-München, Dr. Thomas-Leipzig, 240 Seiten. Preis RM. 1,50. Verlag der Volksgemeinschaft der Deutschen Arbeiter in Berlin. Für den Buchhandel durch Karl Siegmund, Berlin.

Die Beiträge vermitteln nicht nur einen starken Einblick von den Lehren der wichtigsten Wissenschaften und ein anschauliches Bild von acht hervorragenden Wissenschaftlern, das durch beigebene Bildnisse veranschauligt wird, sondern auch einen reichen Schatz aus wissenschaftlicher Erleuchtung gewonnenen Wahrheiten, deren Reiz für jeden lebenden Menschen von Welt ist, um sich und anderen durch möglichst gesunde Lebensweise und durch Befolgen des richtigen Selbsterhaltung Lebens und Gesundheit zu erhalten.

Fürstentumsgang — Volkstrotz. Von A. F r e y m u t h , Senatspräsident am Kammergericht in R. Mit einer Einleitung von Dr. A. R u c h m a n n , Preis 30 S. Herausgegeben vom Reichsausschuß für Fürstentumsgang, Berlin W 66, Wilhelmstr. 48.

In dieser Schrift untersucht der bekannte Jurist A. F r e y m u t h die Frage, ob der zum Volksentscheid gestellte Vorschlag zur Verfassungänderung sei. Die Frage wird verneint. Artikel 2 des Verfassungsentwurfes kann eine andere Auslegung nicht finden. Die Leistung des Volksentscheides und die Wünsche, die dabei der Regierung und dem Reichstag obliegen, werden in einem besonderen Kapitel behandelt. Zum Schluß geht es um die Frage ein, ob ein Volk berechtigt ist, eine Entfaltung der bisherigen Fürsten durchzuführen. Gestützt auf die Darlegungen namhafter Rechtsgelehrter erbringt F r e y m u t h dem Nachweis, daß das Verhalten nach Entfaltung der Verfassung einer Naturkatastrophe entspricht. Das souveräne Volk hat das Recht, über die gewählten Fürsten zu Gericht zu sitzen. Seine Entfaltung muß oberstes Gesetz werden.

Verantwortlich für die Redaktion und den Verlag
Ludwig Münz, Magdeburg.
Druck: Buchdruckerei Hugo Alpers (Hilf. 31g.), Delitzsch.

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Der Politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — **Verlagspreis:** 35 Ostpreußen monatlich inklusive 6 Ostpreußen-Belegungen. Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Buchhändler und der Verlag Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, entgegen. — **Druck:** Höber, Ernst und Betriebsleitung erlauben den Verlag von der Haftung für Verweigerung und Entschädigung. — **Unserungspreis:** Für die längste patentierte Millimeter-Beilage 10 Ostpreußen. — **Abonnement im Voraus:** 1 Mark. — **Verlag:** des Deutschen Demokratischen Blokes, Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21. — **Schriftleitung:** Halle (Saale), Leipzigerstraße Nr. 21, Postfach Nr. 1277.

Nummer 21

Halle (S.), 21. Mai 1926

2. Jahrgang

Irrungen und Wirrungen.

Der entlaubte Stamm — Wenn des Viehes Stimmen schweigen — Der einsame Luther — Das Flaggendurcheinander — Der preußische Putz — zur Rechten und zur Linken — Das neue Mobilmachungs-Ertra-Blatt der Hugenberg-Presse — Der Aufmarschplan zu Pfingsten — Seltsame Bundesgenossen — Die magna charta der inneren Politik — Die abergläubigste Abriistung — Ideal und Leben — Bange Stunden in Genf — Herr Biludski — Das verspätete Frühlingserwachen.

„Hier steht ich, ein entlaubter Stamm“ konnte Dr. Luther mit Albert von Ballenstern, Herzog von Friedland sagen. Auf weiser Flur war er tatsächlich allein. In der Stunde der Not bekannte sich niemand mehr zu ihm, und die das Mikstausotium in seiner milden Form als Wohlwollungsantrag ablehnten, waren auch nur mit halbem Herzen bei der Sache. Dieses Schicksal ist ferner nicht ganz unbedeutend, denn politisches Fingerzeigengedächtnis ging dem ausgesprochenen Verwaltungshandeln ab. Wer Mittelweid wendet sich ihm zu. Er war nicht der schlechteste Manager, der in der Weltgeschichte die Geschichte des Reiches zu meistern verstand. Wenn des Viehes Stimmen schweigen von dem überwandenen Mann, müssen wir schon für ihn weinen. Sein Name bleibt mit dem Donesogebühren und dem Locarnoertrage verbunden, und das scheint schon ein Alttypus zu sein, den er mit Stolz verweisen kann. Er ist auch der Vater der Rentennarr, der den Namen gegeben. Nicht der Gedanke an sich kam ihm zu ihm. Aber dieser Gedanke war auch nicht das Wesentliche, sondern seine Durchführung und sie gelang ihm, weil er mit harter Hand und erbarmungslos jene Maßnahmen durchführte, die den Haushaltsplan wieder in Ordnung brachten. Wenn er sich jetzt als Regimentsmajor in der zweiten Heimat Eifen, die eigentliche ist Berlin, das ihn so schön behandelt hat, niederläßt, sollen ihn unsere besten Wünsche geleiten.

Ein Politiker war Luther nicht, und er hat den Beruf nicht als ob er es sei, immer entrüftet abgelehnt. Die Mängel befristeten wir ihm gern denn er ist die Ursache seines Sturzes geworden. Man kann nicht das höchste politische Amt führen, ohne politischen Instinkt zu haben. In unumgänglichster Stunde hat er die Handelsflagge gesetzt und uns in neue Hände verdrückt. An das stillstehende rührte er und war selbst maßlos überläßt über das Echo, das sein unbewusstes Vorgehen weckte. Nun ist der alte Streit zu neuem Leben erwacht. Nur Kurzzeitigkeit verdrückt gewaltig die Augen und will nicht erkennen, daß eine Lösung gefunden werden muß, nachdem öffentliche Meinung in stärkster Erregung verlegt worden ist. Beide Flaggen nebeneinander können nicht wahren, davon haben wir uns in diesen leidvollen Jahren verzichtlich genug überzeugt. Aber der Sieg der einen wie anderer ist ausgeschlossen. So müssen die Herabdrückung, was eine Verschmelzung der vier Farben schwarz-weiß-gold in künstlicherer Art zu erkennen. Die Flagge ein Symbol, und gerade ein Symbolen hängt das Herz an Nation mehr, als an weltbewegenden Geschehen. Eine nenburg-Flagge wird uns erst zur Nation machen können.

Es ist nun einmal eine bittere Wahrheit, daß wir eine Nation, sondern eine Anzahl feindsich gegeneinander waffener Heerhaufen sind. Auch unsere ständige Verbundenheit bedeutet noch keine Rettung. Ahnungslos ließ der Schweizer Dichter Conrad Ferdinand Meyer seinen schmissigen Huten dem stammverwandten tischen Volke in Stammbuch: Wenn andere altern, werden wir ein Staat. Leider scheinen die anderen noch zu alt genug zu sein, um die Voraussetzung dafür zu sein. Immer wieder schwirren die Putzgerächte in deutschen Ländern und fördern den Bürger beim Biergenuss am gemeinsamen Stammtisch oder auf Pfingstausflügen. Die preußische Regierung hat Material in die Presse gegeben. Sie verzichte uns ein offenes, ehrliches Wort. werden den peinlichen Eindruck nicht überwinden, hier zu rasch vorgegangen worden ist. An der Tatsache selbst zweifeln wir kaum. Gabe es keine Narren, die den hindischen Vätern nachgingen, wir würden uns nicht verlegen. Aber das Beweismaterial ist nicht schlüssig genug, und der Herr Untersuchungsrichter überzeugt sein, daß es gar keine andere Möglichkeit ist, als die Beschuldigten zu anklagen zu machen. Die tiefe Zufut ist in dieser Hinsicht von einer vorbildlichen strengen Gemüthsartigkeit. Ihr Fingerzeigensfähigkeit ist nicht aus, um Paragraphen als Beweismittel zu finden.

Diese Enthüllungen haben fonderbare Folgen gezeigt. Daß die Betroffenen aufwiehen, und sich zur Wehr setzen, verlagern wir ihnen nicht. Erst kürzlich schrieb der Berliner Lokalanzeiger, daß Organ des gerade in Buchstaben genannten Geheimen Finanzrates Hugenberg: Die eflagen haben das Recht zum Zügen. Der ahnungslos Engel, denn von diesem Recht machte er in wenigen en ausgiebigen Gebrauch. Weiland Presse-Chef der

Rapp-Regierung Herr Barnisch, den damals ein Hohngelächter hinwegjagte, sogar aus Berlin heraus, hat diese Zeilen verbrochen und der Reich muß ihm gestehen, daß er ein Fachmann ist. Der Sieb ist immer die beste Abwehr, und so gehen die Hugenberg-Bücher zum Gegenangriff vor. Sie machten mit einem kommunikativen Aufbruch zu Pfingsten die Reichshauptstädter gruselig. Genau wurde die Stärke der beiden Parteien gegeneinander abgevoogen, 80 000 Knallrote gegen 14 000 Sappo. Nur die Verlustlisten fehlten noch. Die Zimmerstraße ist im Prospektieren sehr stark. Sie brachte ja auch das Ertra-Blatt über die deutsche Mobilmachung 1914 48 Stunden bevor sie besloffen worden war. Hat sie wieder Recht und ist nur voreilig? Preußen zum mittelmäßig lächelnd die Wägen. Herr Severing fühlt sich stark genug, um die Nähe zu verbergen. Und unser Vertrauen steht ihm dabei zur Seite. Weinsicher noch war, daß die Deutsche Volkspartei nicht nur im Landtag, wo ihr Recht zur Mitgliedschaft immerhin zugelassen ist, denn die beschuldigten Schmeicheleien gehören zu ihr, auch im Reichstage die Staatsregierung heilig beschützt. Schließlich soll man auch auf Bundesgenossen etwas Rücksicht nehmen.

Demokraten und Zentrum, die verantwortlichen Mitglieder des preußischen Landtages, sind Bundesgenossen der Volkspartei im Reich, und wir freuen uns, daß diese Allianz nicht in die Brüche ging. Das Verdienst der Volkspartei dabei sei bereitwillig anerkannt. Ihr wurde es am schwersten, die Grundlage für das neue Kabinett Marx zu finden, denn in ihren Reihen befinden sich Männer, deren Überlegung zu den Deutschen Nationalen sich bemerkenswert vollziehen könnte, weil er seinen Meinungswegsel bedeutete. Trotzdem blieb die Partei nicht nur in dem Kabinett der Mitte, sondern unterirdisch in der Handlung mit dem Zentrum, die magna charta der inneren deutschen Politik betraut. Partei ist regierungsfähig, die nicht die Außenpolitik bereitwillig anerkennt. Da benachteiligt gezeugen, über den die Hindernissen müssen, wenn sie je wieder ihren Platz nehmen wollen. Einzelnen das sehr leicht fallen, aber die Fraktion Ganze würde bei diesem Hindernissen den Graben fallen.

Eine Grenze nach rechts, während offen steht. Die Sozis brauchen nur einen Zugeländnis zu machen, damit die Groß ihrem Dornroschenflaf erwacht. Freilich ist auf der einen Seite so groß, wie und das freundliche Jureden des Herrn Wissenschaftlich abzulassen, fand bei der übermäßig lebenswürdige Aufnahme. Kampf, ganz gleich, ob er zu Sieg oder Nienand kann heute mit Sicherheit nicht sich die Eskale senkt. Volksstimmung ist berechenbar. Ehe der Sommer beginnt, aber im demokratistischen Lager sollte man halten und nicht drängen. Es ist nicht möglich, daß man bei jedem Ereignis in eine Niederlage uns zu verdammen, reizen, und für einen Erfolg den Ausla ebenso wenig. Der Ausgang des Volksens deutschen Nationalen Wählern abhängen. Wenn die Parteien nicht bekommen, sollen sie das den Anhängern des Grafen Weizsar verstanden.

Immer neue Probleme steigen vor uns auf und trüben die Fernsicht. Dabei ist deutsche Außenpolitik ereignisreich genug, um die Spalten der Zeitungen zu füllen. In der Studienkommission des Reichsbundes hat sich die deutsche These durchgesetzt, so daß im Herbst unser Eintritt in die Florde der Weltgemeinschaft gesichert erscheint. Freilich ganz wird man ein Unbehagen nicht bezweigen können. Man sieht dem Genfer Topf an, daß er mühselig gekittet worden ist. Man muß ihn vorichtig behandeln, wenn nicht wieder Scherben vor uns liegen sollen. Doch schon dieses Ergebnis wirkt befriedend, und es ist immerhin etwas, daß Brasilien auch einige freundliche Worte für uns fand. Freier ist der Weg bei der Vorbereitung für die Abriistung, dieses Ideal, das wie alle Ideale in der realen Welt der Tatsachen ein wunderbarer Traum bleibt. Graf Bernstorff hatte es einfach geneigt, denn der Verfallter Vertrag und die bei Locarno gewechselten Briefe spielten ihm Trimpse genug in die Hand. Schwarz auf weiß steht dort, daß nach Abriistung

Deutschlands auch die anderen die Waffen niederlegen müßten. Wie können ihm begehrter zu. Der Rechtsmittel des deutschen Forderung ist unüberwindlich. Deshalb werden auch alle ihre Geneigtheit dazu aussprechen und neue Luftschiffe, neue Kreuzer und neue Geschütze bauen. Aber in der Theorie haben wir zweifellos die stärkste Stellung. Sie ist nur durch Artilleriefeuer niedergulegen.

Der Völkerverbund knact an dieser harten Luft, die ihm vermutlich noch einige Jahre tofen wird. Er hat überhaupt Recht, denn diese Institution zur Erhaltung des Weltfriedens, diese Schmachttat der verarmten Nationen, steht sorgenvoll in den bräunenden Herentessel. Ein kluges Wort belagt, daß der Andere immer noch größere Angst habe als man selbst. Von den Staaten des Völkerverbundes gilt das sicher. Sie haben vor dem Völkerverbund Angst, aber der Völkerverbund noch weit mehr vor ihnen. Nur keine inneren Krisen. Jeder Vorkriegsabend würde ihn zu Entscheidungen zwingen, die doch nur eine Scheidung und keine Entscheidung wäre. So misfallen ihm auch die Ereignisse in Polen gründlich. Herr Biludski hat die Herrschaft an sich gerissen und scheint fest zu stehen, da er sich auf die Massen stützt. Eine Art Kapp-Putz mit ungeheuren Vorzeichen. Linker haben bei ihren Staatsreisen den Vorteil, daß sie von der Volksmeinung getragen werden. Nicht daß sie noch Reisse sichern die heile Höf. Eine innere Angelegenheit des uns so impatiblen Nachbarstaates, dessen Existenz schon allein eine fündige Bedrohung bedeutet. Wie aber würde es, wenn die Litauer die Gelegenheit nützen, um das ihnen gewaltiam entziffene Wilna gewaltiam wieder zurückzuerlangen? Der Gedanke allein könnte den Herren in Genf einige unruhige Stunden bereiten. Auch das freie Danzig würde durch eine solche Angelegenheit beim Völkerverbundsumsturz peinlich sein. Es brauchte nur begehden um ab es von einer Putz-Regierung aben entgegennehmen darf, denn Biludski nicht. Doch wo zu all diese Pfingsten, das liebliche Zeit, läßt hätte verfallen. Frühlingserwachen, halt. So ähnlich wie in der Politik. Richard Man.

angen für die kleinen Landwirte. Des Reichsfinanzministers. Die abigen Steuerermäßigungen für die die sich im Reichstagsausfluß bei der demokratischen Reichstagsfraktion einnehmende eine Verfügun des Ministers über die Einkommensteuern in der bäuerlichen Betriebe am 15. Der Reichstag hatte damals begerung zu erlauben, bei der Festsetzung gemäß § 45 des Einkommenwies der in landwirtschaftlichen Be in Angehörigen eine entgegenkom treten zu lassen. Von Seiten der damals erklärt worden, daß die den land wirtschaftlichen en besprochen werden müßten. Im Vertreter der Reichsregierung ge demnachste eine Verpredung über die künftige Gestaltung der Durchschnittssätze stattfinden und in diesem Rahmen insbesondere auch über die Frage, ob bei der Ermittlung des Durchschnittssatzes vom Ertrage eines nur mit eigenen oder eines nur mit fremden Kräften arbeitenden Betriebes ausgegangen werden soll. Die Neuregelung des Durchschnittssatzes soll erstmalig für die Berantlagung 1925-26 gelten.

Die Reichsregierung hat dem Reichstag die Erklärung abgegeben, daß die entgegenkommende Behandlung der Landwirte auf Antrag schon bei den Voraussetzungen am 15. Mai 1926 berichtiget werden würde. Eine genaue Berechnung der Steuerermäßigung ist bei den Voraussetzungen am 15. Mai nicht möglich. In der jetzigen Verfügung des Reichsfinanzministers heißt es jedoch: „Am den in Frage kommenden Landwirten die vom Reichstag genehmigte Steuerermäßigung zugute kommen zu lassen, erlaube ich die Präsidenten der Landesfinanzämter Rechtigen aufzustellen, nach denen auf Antrag dem Steuerpflichtigen die Vorauszahlung vom 15. Mai für vollstättig, im Betrieb mitarbeitende Angehörige ermäßigt wird.“

